



**Yvonne Feri**  
Ihre Stimme für Kinder  
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 20. Dezember 2019

### **Bericht aus der Session – Nummer 33** **Rückblick auf die Wintersession**

Geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ein arbeitsintensives und spannendes Jahr neigt sich dem Ende zu. Parallel zur Parlamentsarbeit nahm mein Wahlkampf viel Raum ein. Für die grosse Unterstützung, die ich im Wahlkampf und an den beiden Wahlsonntagen erleben durfte, **danke ich den Aargauerinnen und den Aargauern sowie den weiteren Beteiligten vielmals!** Bei den Regierungsratswahlen konnten wir ein Zeichen setzen. Es ist möglich, die konservative Seite zu schlagen. Es gilt, diesen Schwung in die kantonalen Wahlen im Herbst 2020 mitzunehmen, damit wir den nationalen Trend **«linker, jünger, weiblicher»** fortsetzen können. Aus meinem guten Resultat bei den Nationalratswahlen habe ich **Schaffenskraft und Energie** für die letzte Session dieses Jahres sowie die neue Legislatur gezogen.

Die **Bundesratswahl** war für die Medien zweifelsohne der Höhepunkt der ersten Session der 51. Legislatur. Für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren die Sachgeschäfte genauso wichtig. Natürlich bereiteten wir uns auch auf die Bundesratswahl sorgfältig vor, sprachen uns ab und prüften die Kandidatinnen und Kandidaten. Am 11. Dezember verwandelte sich das Bundeshaus in einen Bienenstock – noch mehr Betriebsamkeit wie an normalen Sessionstagen. Die grosse Überraschung blieb bei den Bundesratswahlen aus. Dass **Bundesrätin Simonetta Sommaruga nächstes Jahr das Bundespräsidium** übernehmen darf, freut mich sehr.

Eine der schwierigsten Aufgabe der Fraktionsspitze ist die **Kommissionsverteilung** bei Legislaturbeginn. Auch bei uns in der SP konnten nicht alle Wünsche berücksichtigt werden. Doch die Mehrheit – wie ich auch – ist mit der Verteilung zufrieden. Ich kann meine Arbeit der letzten Jahre sowohl in der Kommission für **soziale Sicherheit und Gesundheit SGK** als auch der **Geschäftsprüfungskommission GPK**, neu auch in der GP-Delegation, fortsetzen und damit auch für Kontinuität und Wissenserhalt sorgen.



In der SGK gab es viele Wechsel in unserer Fraktion. Die laufenden SGK-Geschäfte mussten wir in der Wintersession zu zweit übernehmen, was für mich einiges an Arbeit bedeutete. Mehr Informationen dazu finden Sie in diesem Brief.

Ich freue mich, auch im neuen Jahr das politische Geschehen aktiv mitgestalten zu können und parallel dazu als **Inhaberin** von [FERI Mit-Wirkung](#) in der Wirtschaft tätig zu sein.

Ich wünsche allen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri  
Nationalrätin SP/AG  
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



20.12.2019

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 33

Rückblick auf die  
Wintersession...

**CANNABIS:** Der Nationalrat befürwortet Versuche zur kontrollierten Abgabe von Cannabis grundsätzlich. Mit 100 zu 85 Stimmen bei 2 Enthaltungen ist er am Montag auf eine entsprechende Gesetzesvorlage eingetreten. Bevor er über die Details beraten kann, muss sich nun erneut die Gesundheitskommission damit befassen. Gegen den Experimentierartikel stellten sich die SVP und die Mehrheit der Mitte-Fraktion aus CVP, BDP und EVP. Das Geld solle besser für Drogenprävention zu Gunsten einer gesunden Jugend ausgegeben werden, sagte Verena Herzog (SVP/TG). Die Befürworterinnen und Befürworter argumentierten, es sei nötig, neue Wege in der Cannabispolitik zu prüfen. Die heutige Situation sei unbefriedigend.

*Kommentar: Ich habe bei diesem Geschäft für die Fraktion gesprochen und dafür votiert, dass Pilotprojekte möglich sind. Ich bin froh, werden wir uns nun in der Kommission ein weiteres Mal mit dem Thema befassen.*

**IV-REVISION:** IV-Rentnerinnen und -Rentner sollen für ihre Kinder nicht weniger Geld erhalten. Der Nationalrat verzichtet in neuer Zusammensetzung nach den Wahlen darauf, die Kinderrenten um einen Viertel zu senken. Im Ständerat war eine Kürzung chancenlos gewesen. Am Dienstag ist der Nationalrat nun mit 134 zu 51 Stimmen bei 5 Enthaltungen dem Ständerat gefolgt, gegen den Willen seiner Kommission. Eine Kürzung der Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent einer IV-Rente ist damit vom Tisch. Der Nationalrat hält jedoch daran fest, die Kinderrenten umzubenennen. Sie sollen neu "Zusatzrente für Eltern" heissen. Nun ist wieder der Ständerat am Zug.

*Kommentar: Keine Kürzung der Kinderrenten macht mich sehr glücklich. Auch die Verbesserungen bei den Gutachten sind erfreulich, die beschlossenen Tonaufnahmen von Interviews zu Gutachten sind wichtig für die Qualitätssicherung. Hier war das neue Parlament bereits spürbar und ich bin dankbar dafür. Der Wechsel des Begriffes wird viel administrativer Aufwand bedeuten, was unnötig ist. Wenn Begriffe im Sozialversicherungsrecht geändert werden, müsste unbedingt zuerst der diskriminierende Begriff «invalid» aus dem Gesetz genommen werden.*

**ORGANHANDEL:** Die Schweiz soll dem Abkommen des Europarats zur Bekämpfung des Organhandels beitreten. Der Nationalrat hat diesen Beitritt als Erstrat genehmigt und entsprechenden Gesetzesanpassungen zugestimmt. Die Schweiz erfüllt die Anforderungen der Konvention bereits weitgehend. Es gibt aber Lücken. In Zukunft sollen Personen, die sich in der Schweiz aufhalten, auch dann verfolgt werden können, wenn sie im Ausland Organhandelsdelikte begangen haben. Das Abkommen sieht ausserdem vor, alle Taten in Zusammenhang mit Organhandel unter Strafe zu stellen.

*Kommentar: Endlich! Wir müssen alles dafür tun, dass Organhandel bestraft werden kann. Das darf einfach nicht vorkommen.*



**KRANKHEIT:** Der Nationalrat ist dagegen, die integrierte Behandlung chronischer Krankheiten zu fördern. Er hat eine [Initiative](#) von Philippe Nantermod (FDP/VS) mit 111 zu 76 Stimmen abgelehnt. Mit der Befreiung von der Kostenbeteiligung wollte er einen Anreiz für Patientinnen und Patienten schaffen, die verschriebene Behandlung einzuhalten. Ein grosser Teil der chronisch erkrankten Menschen halte sich heute nicht daran, was hohe Zusatzkosten zur Folge habe, argumentierte Nantermod. Die Mehrheit anerkannte den Handlungsbedarf, hielt das Anliegen aber für nicht umsetzbar. Dafür müsste etwa sichergestellt werden, dass Medikamente regelmässig eingenommen würden, sagte Kommissionssprecherin **Yvonne Feri** (SP/AG). Das führe ebenfalls zu Kosten. Zudem müsste der Bund als Tarifpartner auftreten.

**KAMPFFLUGZEUGE:** Nach dem Ständerat hat am Montag auch der Nationalrat dem Kauf neuer Kampfflugzeuge für 6 Milliarden Franken zugestimmt. Die Linke konnte sich nicht durchsetzen

mit der Idee, für den Luftpolizeidienst statt Kampfjets Trainingsflugzeuge zu kaufen. Damit sollten die Kosten auf 4 Milliarden Franken gedrückt werden, inklusive Flugabwehrraketen und Radar. Umstritten bleibt der Anteil der Kompensationsgeschäfte. Der Ständerat will das ganze Vertragsvolumen durch Geschäfte im Inland kompensieren. Um den Kauf der Flugzeuge nicht unnötig

## Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg.

### Mahatma Gandhi

zu verteuern, hat der Nationalrat jedoch eine Kompensation von 60 Prozent beschlossen. Alles andere sei eine Industriesubvention, hiess es. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Die FDP peilt einen Kompromiss mit dem Ständerat an, damit mehr Unternehmen von den so genannten Offset-Geschäften profitieren können. Nun ist wieder die kleine Kammer am Zug.

*Kommentar: Wenn wir schon überall abbauen und sparen müssen, bspw. bei den Ergänzungsleistungen, oder wir kein Geld haben für bspw. Familienergänzungsleistungen, dann muss ich sagen, will ich auch nicht für so viel Geld Kampfflugzeuge kaufen. Die SP wird das Referendum gegen diese Beschlüsse ergreifen und das ist gut so.*

**GESUNDHEIT:** Der Nationalrat ist gegen eine Gebühr, die bei jeder neuen Konsultation in einer Arztpraxis oder einem Spitalambulatorium in bar bezahlt werden müsste. Er hat einer [parlamentarischen Initiative](#) von Ratsmitglied Thomas Burgherr (SVP/AG) keine Folge gegeben. Der Entscheid fiel mit 136 zu 52 Stimmen bei 1 Enthaltung. Mit dem Nein ist der Vorstoss vom Tisch. Burgherr sprach von 30 bis 40 Franken im Spital und 15 bis 20 Franken in Arztpraxen. "Der Betrag soll spürbar sein, aber nicht wehtun."

*Kommentar: Auch dieses Geschäft habe ich für die Kommission im Rat vertreten. Die Einführung einer Praxisgebühr würde Ärztinnen und Ärzte zusätzlich administrativ belasten. Das ist der falsche Ansatz, um die Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren.*

**NOTFALL:** Wer die Notaufnahme eines Spitals aufsucht, soll künftig eine Gebühr von rund 50 Franken bezahlen müssen - es sei denn, er oder sie muss hinterher stationär behandelt werden. Das will der Nationalrat. Die Gebühr soll verhindern, dass Patientinnen und Patienten wegen Bagatellen gleich ins Spital gehen. Der Nationalrat hiess mit 108 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung eine [parlamentarische Initiative](#) des ehemaligen GLP-Nationalrates Thomas Weibel (ZH) gut. Darüber muss noch der Ständerat befinden. Stimmt die kleine Kammer zu, kann eine rechtliche Grundlage geschaffen werden für Kantone, die eine Gebühr einführen möchten.

*Kommentar: Das ist ebenfalls der falsche Ansatz, um die Kosten im Gesundheitswesen zu senken. Die Regelung trifft besonders vulnerable Gruppen, z.B. Menschen mit chronischen Krankheiten,*



die aufgrund ihrer Erfahrungen wissen, dass sie bereits bei ersten Anzeichen untersuchen lassen sollten. Und auch Menschen mit psychischen Erkrankungen kann die Gebühr ungerechterweise treffen, denn eine Angsterkrankung führt beispielsweise dazu, dass Betroffene auch bei Bagatel-erkrankungen ins Spital müssen.

**Pflege:** Mit einer Ausbildungs-offensive und mehr Verantwortung für Pflegende will der Nationalrat den Pflegeberuf stärken. Er lehnt zwar die Pflegeinitiative ab, kommt aber beim indirekten Gegenvorschlag den Initianten entgegen. Der Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer fordert mit der Pflegeinitiative mehr Pflegepersonal und eine Stärkung der Pflege. Der Nationalrat empfiehlt sie mit 107 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Ja-Stimmen kamen von SP und Grünen, aber auch aus der FDP und der Mitte-Fraktion von CVP, BDP und EVP. Mit 124 zu 68 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen hat der Nationalrat am Dienstag den indirekten Gegenvorschlag seiner Gesundheitskommission (SGK). Dieser kommt in einem zentralen Punkt, nämlich der Möglichkeit für Pflegende, Leistungen direkt mit den Kassen abzurechnen, den Initiantinnen und Initianten entgegen. Die Kommission hätte diese Bestimmung enger fassen wollen und eine Vereinbarung zwischen Leistungserbringer und Versicherung als Voraussetzung gewollt.

*Kommentar: Mein Aufruf im Nationalrat, beide Vorlagen zu unterstützen, die Pflege-Initiative aber klar zu priorisieren, wurde leider nicht erhört. Der Nationalrat hat es verpasst, ein umfassendes Massnahmenpaket – wie es in der Pflegeinitiative geschnürt ist – zu verabschieden, um dem drohenden Versorgungsnotstand in der Pflege zu begegnen. Nun bleibt zu hoffen, dass die Pflegeinitiative vom Volk angenommen wird! Doch vorerst geht das Geschäft noch in den Ständerat.*

#### **Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Wintersession:**

- [19.4505](#) Offene Fragen nach Studie zur Situation von geflüchteten Frauen (Interpellation)
- [19.4504](#) Kinder vor Cybermobbing schützen (Interpellation)
- [19.4430](#) Verbessertes Schutz für in der Betreuung tätige Hausangestellte (Motion)
- [19.1061](#) 25-Jahre-Jubiläum der Uno-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung (Anfrage)
- [19.4407](#) Wie gelingt eine tatsächliche Arbeitsintegration von Menschen mit einem langandauernden Gesundheitsschaden durch die IV? (Postulat)
- [19.5591](#) Recht von Kindern auf eine Erziehung ohne Gewalt (Fragestunde. Frage)

#### **Bei Abschluss der Legislatur von ausgeschiedenen Ratsmitgliedern übernommene Vorstösse:**

- [17.4301](#) Kinder- und Jugendmedizin. Entwicklung der Versorgungssituation und der Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin (Motion von Bea Heim)
- [17.4302](#) Eine erfolgreiche Armutspolitik erfordert eine eidgenössische Kommission für Armutsfragen (Postulat von Bea Heim)
- [19.3903](#) Ombudsstelle für die Invalidenversicherung (Postulat von Silvia Schenker)
- [19.489](#) Einhaltung der Sozialziele (parlamentarische Initiative von Silvia Schenker)
- [19.4036](#) Humanitäre Notlage im Mittelmeer. Die Schweiz soll sich am Verteilungsmechanismus der «Koalition der Willigen» beteiligen (Motion von Rosmarie Quadranti)
- [19.4039](#) Studie zum Zusammenhang von Waffenbesitz und geschlechterspezifischer Gewalt (Interpellation von Rosmarie Quadranti)
- [19.4054](#) Bekämpfung von pädosexueller Gewalt im Internet (Interpellation von Rosmarie Quadranti)